Yvonne Magwas
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

CDU

MÄRZ 2021

Berlin-Brief

NEUES AUS BERLIN UND DEM VOGTLAND

INHALTE DIESER AUSGABE:

- Epidemische Lage bis Juni verlängert
- Drittes Corona-Steuerhilfegesetz
- Kinderkrankengeld für 2021 verdoppelt/ Neue Förderrichtlinien für Holzbau
- Update für das Jugendschutzgesetz
- Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ erweitert
- Reden zum Internationalen Frauentag
- Zwangsprostitution effektiver bekämpfen
- Zwei neue Förderprogramme für Kultur
- Positionspapier gegen Einsamkeit
- 15 Mio. Euro für Kälte-Kompetenzzentrum
- 2,4 Mio. Euro für Waldbad Brunn
- Baukindergeld erfolgreich im Vogtland
- Im Gespräch mit Wirtschaftsvereinigung Nördliches Vogtland
- 270.000 Euro für frühkindliche Sprachförderung im Vogtland
- Frauenunion diskutiert Corona
- Facebook / Termine
- Bürgersprechstunde
- Impressum

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 227-75637 · **Fax:** 030 227-76639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de

www.magwas.de

Foto: Tobias Koch

EDITORIAL

Liebe Vogtländerinnen und Vogtländer,

diese Zeilen schreibe ich während des Mittagsschlafes unseres Sohns am Palmsonntag. Vor uns stehen, das zweite Mal von der Corona-Pandemie geprägt, Karwoche und Osterfest. Das Virus ist noch nicht bezwungen, die neuen Mutationen machen die Lage schwieriger, vornan die britische Mutation, die uns faktisch eine neue Lage, fast eine neue Pandemie mit wieder zu wenig Wissen bringt. Wir alle sind Corona-müde - ich spreche in diesen Tagen viel mit Vogtländerinnen und Vogtländern und kann jeden verstehen, der an der Belastungsgrenze ist, weil Kinder nicht in Schule oder Kita können, weil man sein Geschäft nicht öffnen darf oder weil sich im Krankenhaus die Lage ernsthaft zuspitzt.

Für uns Christen ist Ostern aber auch das Fest von Hoffnung und Auferstehung. Und so möchte ich darum bitten, dass wir noch einmal die Kraft haben, solidarisch füreinander und nachsichtig miteinander zu sein. Hoffnung gibt uns das Impfen.

Das Vogtland hat - aufgrund seiner sehr hohen Infiziertenzahlen - mehrere Ausnahmegenehmigungen bekommen. Bei uns können sich bereits jetzt alle ab 18 Jahren, ohne dass Prioritäten gelten, impfen lassen und 117 Hausärzte vogtlandweit haben die Zulassung zum Impfen bereits seit vergangener Woche. Dafür gibt es ein zusätzliches Kontingent Impfdosen. Auch grundsätzlich steigen die Impfdosen im II. Quartal deutlich an, ab Juli dann noch einmal mehr. Wir müssen diese Chance nutzen, um vor Ort wieder deutlich Herr der Lage zu werden. Hinzukommt ein sehr gut organisiertes Testsystem im Vogtland, inklusive einem elektronischen Managementsystem. Gerade letzteres bietet uns einen umfänglichen Daten-„Schatz“, mit dem wir mehr „arbeiten“ sollten, wenn wir kontrolliert und vor allem nachhaltig Öffnungen angehen wollen. Impfen und Testen sind DIE beiden Säulen, um aus der Pandemie heraus zu kommen.

Bund, Länder und Kommunen, „der Staat“, arbeiten täglich unter Hochdruck, um Deutschland aus der Krise zu führen. Der zwischenzeitlich wieder kassierte „Osterruhe“-Beschluss der letzten Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin war dafür sicher kein gutes Beispiel - ein Stück weit aber Ausdruck der Fliehkräfte in unserem Land. Wenn man den Blick über den deutschen Tellerrand weitet und nicht nur das Wünschenswerte zum Maßstab erklärt, sind wir bisher insgesamt gut durch die Pandemie gekommen.

Leider haben einige Kollegen meiner Fraktion in der Pandemie das Gewissen über Bord geworfen. Das macht mich wütend und traurig zugleich. Sich als Politiker in der Not aus dem Amt zu bereichern, korrupt zu sein, ist ein absolutes No-Go. Die Unionsfraktion sieht sich daher besonders in der Pflicht, dass so etwas künftig nicht mehr vorkommen darf. Wir werden deshalb die einschlägigen Regeln und Straftatbestände verschärfen. Ich bitte Sie herzlich darum, das Versagen und die Verfehlungen einzelner nicht auf die viel größere Zahl derer zu übertragen, die anständige Menschen sind.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein gesegnetes Osterfest, gute Gesundheit und Hoffnung auf bessere Tage, die kommen werden.

Ihre Yvonne Magwas

NEUES AUS BERLIN

Epidemische Lage bis Ende Juni verlängert: Bundestag stärkt eigene Rechte

Die Corona-Pandemie hat unser Land weiter fest im Griff. Deshalb hat der Deutsche Bundestag die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ bis Ende Juni verlängert. Gleichzeitig stärkte er seine eigenen Rechte.

Die aktuellen Corona-Daten ergeben ein gemischtes Bild. Die Impfung älterer Menschen hat zu einem Rückgang der Todeszahlen geführt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Neuinfektionen, der Inzidenzwert und die Ansteckungsrate. Hinzu kommt die Ausbreitung von Mutanten, die das Infektionsgeschehen antreiben. Deshalb hat der Deutsche Bundestag die „epidemische Lage von nationaler Tragweite“ und die damit verbundenen Regeln sowie Hilfs- und Schutzmaßnahmen um weitere drei Monate bis Ende Juni verlängert.

Am 4. März 2021 hat der Deutsche Bundestag die epidemische Lage um weitere drei Monate verlängert. Damit behalten Verordnungen über Schutz- und Hilfsmaßnahmen weiterhin ihre Gültigkeit.

Bundestag bewertet alle drei Monate neu

Die Verlängerung der epidemischen Lage um drei Monate ist die Grundlage dafür, dass Verordnungen über Schutzmaßnahmen und Hilfen weiter gelten können. Der Bundestag muss alle drei Monate diese Lage neu feststellen. Tut er dies nicht, treten alle damit verbundenen Maßnahmen der Regierung außer Kraft. Die Befugnisse der Regierung kommen also regelmäßig auf den Prüfstand. Damit werden die Rechte des Bundestages gestärkt. Zudem erhalten die Länder Flexibilität in den Maßnahmen sowie die Möglichkeit, regionale Antworten zu geben gemäß den Inzidenzen oder der Impfquote vor Ort.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Das Gesetz setzt den Rahmen für Verordnungen zur Teststrategie, zu Impfungen oder Einreisen, aber auch für die Unterstützung von Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen sowie Familien.“*

Weitere Kriterien für die Beurteilung der epidemischen Lage

Das Gesetz bietet den Rahmen u.a. für Verordnungen zur Teststrategie, zu Impfungen oder Einreisen, die ohne die Verlängerung der epidemischen Lage Ende März ausgelaufen wären. Es regelt auch die Unterstützung von Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen sowie Hilfen für Familien. **Neu ist, dass für die Beurteilung der epidemischen Lage neben der Inzidenz weitere Kriterien wie der R-Wert, die Impfquote und die Belastung des Gesundheitswesens herangezogen werden.** Impfziele werden festgeschrieben, die bei der Priorisierung berücksichtigt werden müssen. Außerdem sollen alle pandemiebezogenen Maßnahmen bis zum Ende des Jahres wissenschaftlich evaluiert werden, damit eine neue Regierung nächstes Jahr die Lehren daraus ziehen kann.

Impfen und Testen sind starke Instrumente

Weitere Öffnungen werden verbunden mit sinkenden Infektionszahlen, aber auch mit Fortschritten beim Impfen und Testen. Der Rückgang der Todesfälle bei Senioren zeigt die Wirksamkeit des Impfens. Bis alle Menschen ein Impfangebot haben können, soll umfangreiches Testen, den Weg dahin absichern.

NEUES AUS BERLIN

Bekämpfung der Pandemie steht weiter im Vordergrund: Bundestag beschließt drittes Corona-Steuerhilfegesetz

Die Koalition greift Unternehmen mit Verlusten durch die Corona-Krise stärker unter die Arme. Durch einen erweiterten Verlustrücktrag sollen coronabedingte Verluste in der Steuererklärung umfangreicher als bisher mit Gewinnen aus den Vorjahren verrechnet werden können. Familien und Menschen in der Grundsicherung werden finanziell unterstützt.

„Von diesem Gesetz gehen klare Signale aus: Wir unterstützen Unternehmen, honorieren die Leistungen von Familien in Zeiten von Lockdowns und verlieren dabei die Schwächsten der Gesellschaft keinesfalls aus dem Blick.

Steuerlicher Verlustrücktrag

Der geltende steuerliche Verlustrücktrag wird für die Jahre 2020 und 2021 auf maximal 10 Mio. Euro bzw. 20 Mio. Euro (bei Zusammenveranlagung) angehoben. Das soll in der gegenwärtigen Krise das notwendige Maß an Liquidität schaffen. Ferner muss es so bürokratiearm wie nur irgendwie möglich beschaffen sein.

YVONNE MAGWAS:

„Dies sind ausgewogene Entscheidungen: Unternehmen, Familien und Selbstständige sind im Blick!“

Mehrwertsteuersenkung für Gastronomie

Gastronomiebetriebe sind von der COVID19-Krise besonders betroffen und können durch die bestehenden Schließungen von der derzeitigen Mehrwertsteuersenkung leider nicht profitieren. Dieses Problem muss angegangen werden. Die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie wird daher über den 30. Juni hinaus befristet bis zum 31. Dezember 2022 auf den ermäßigten Steuersatz von 7% gesenkt.

Das Dritte Corona-Steuerhilfegesetz wurde bereits abgestimmt. Enthalten sind Verbesserungen für die Gastronomie, der Kinderbonus und Hilfen für Menschen in der Grundsicherung.

Kinderbonus beschlossen

Familien sind besonders von den pandemiebedingten Einschränkungen betroffen. Pro Kind wird auf das Kindergeld ein einmaliger Kinderbonus von 150 Euro gewährt. Dieser Bonus wird mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag vergleichbar dem Kindergeld verrechnet. Er wird nicht auf die Grundsicherung angerechnet.

Um mehr Sicherheit zu bieten, wird der erleichterte Zugang in die Grundsicherungssysteme bis zum 31. Dezember 2021 verlängert analog zur pandemiebedingten Erhöhung des Kurzarbeitergeldes.

YVONNE MAGWAS:

„Es ist wichtig, dass wir auch Familien mit einem Kinderbonus in der Pandemie unterstützen!“

NEUES AUS BERLIN

Kinderkrankengeld für 2021 verdoppelt:

Der Deutsche Bundestag hat für das Jahr 2021 den Anspruch auf Kinderkrankengeld verdoppelt. Damit wird den Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder in Zeiten des Lockdowns geholfen.

Die Schließung von Kitas und Schulen während des pandemiebedingten Lockdowns stellt besonders berufstätige Eltern und Familien vor große Herausforderungen. Um ihnen Planungssicherheit bei der Betreuung ihrer Kinder zu geben, hat der Deutsche Bundestag die Regelung zum Kinderkrankengeld für dieses Jahr geändert und den Anspruch verdoppelt.
Für 2021 gilt:

- Anspruch pro Elternteil und Kind: 20 Tage (ursprünglich 10 Tage)
- Anspruch einer oder eines Alleinerziehenden: 40 Tage (ursprünglich 20 Tage)

Die Kinderkrankentage können auch komplett verwendet werden, wenn aufgrund der Schul- oder Kitaschließungen eine Kinderbetreuung zu Hause erforderlich ist. Dabei genügt eine Bescheinigung der jeweiligen Einrichtung. Wie bisher beträgt das Kinderkrankengeld bis zu 90 Prozent des entfallenen Nettoarbeitslohns und gilt bei Kindern unter zwölf Jahren. Die Neuregelung ist rückwirkend ab 5.1.2021 gültig.

Hilfe auch für privat versicherte Eltern

Nun können auch privat versicherte Eltern eine Entschädigung nach dem Infektionsschutzgesetz geltend machen. Jedes Elternteil hat Anspruch auf 67 Prozent des entstandenen Verdienstausfalls für 10 Wochen, Alleinerziehende 20 Wochen. „Das sind gute Nachrichten, gerade für unsere Selbstständigen, die im Moment vor denselben Herausforderungen stehen wie gesetzlich versicherte Eltern“, so Yvonne Magwas.

Mehr Infos unter: BMFSFJ - Fragen und Antworten zu Kinderkrankentagen und zum Kinderkrankengeld

Neue Förderrichtlinien für Holzbau und Modernisierung

Die Förderrichtlinien „Förderung des klimafreundlichen Bauens mit Holz“ sowie das „Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in der Holzwirtschaft“ sind in Kraft. Dies hilft der Forstwirtschaft im ländlichen Raum.

Geld aus den Corona-Hilfen

Das Bauen mit Holz wird an Bedeutung gewinnen, wenn Deutschland die gesteckten Klimaziele erreichen will. Gleichzeitig muss der heimische Holzabsatz gesteigert und damit die regionale Wertschöpfung bei uns vor Ort gesichert werden. Um die Rahmenbedingungen für das Bauen mit Holz weiter zu verbessern und den klimafreundlichen Holzbau weiterzuentwickeln, hat die Bundesregierung durch die Corona-Hilfen schon wichtige Weichen gestellt und Geld zur Verfügung gestellt. Mit den beiden Förderrichtlinien werden unter anderem die Förderung von Beratungsleistungen für Holzwirtschaftsunternehmen sowie die Förderung von Innovationsclustern im Bereich Holzbau angekurbelt.

Signal für die heimische Forstwirtschaft

Ein nachhaltig bewirtschafteter Wald, aus dem klimafreundlich Holz gewonnen wird, ist ein Stück Klimaschutz. Die beiden Maßnahmen sind auch ein Signal, dass die Politik an der Seite unserer Forstwirte steht. Trockenheit, Stürme und Schädlinge haben den Wäldern seit Jahren leider enorm zugesetzt. Daraus entstand Schadholz, welches den heimischen Markt überschwemmt. Das sorgt für niedrige Preise. Doch gerade jetzt benötigen die Besitzer von Wald finanzielle Mittel, um die Wälder klimaresistent umzubauen, zu pflegen und nachhaltig zu bewirtschaften. Die Zukunft des Sektors Holz hängt deswegen stark von der Entwicklung des inländischen Holzmarktes ab. Im Sektor Forst und Holz sind rund eine Million Menschen beschäftigt.

Mehr Infos unter:
https://www.fnr.de/fileadmin/Projekte/2021/Foerderaufrufe/FR_Bauen_mit_Holz.pdf

https://www.ble.de/DE/Projektfoerderung/Foerderungen-Auftraege/Bundesprogramm_Holzwirtschaft/Holzwirtschaft.html

NEUES AUS BERLIN

Update für das Jugendschutzgesetz: Kinder und Jugendliche vor Gefahren im Internet schützen

Der Bundestag hat das Jugendschutzgesetz modernisiert. Damit schützt es Kinder und Jugendliche wirkungsvoll vor Gefahren im Internet und bietet Eltern, Familien und Fachkräften zugleich wertvolle Orientierung bei der Mediennutzung.

Internet und digitale Medien sind längst ein fester und wachsender Bestandteil unseres Alltags. Kinder und Jugendliche sollen diese nutzen können, ohne dass sie dabei Gefahr laufen, von Fremden belästigt oder mit beängstigenden oder sexuellen Inhalten konfrontiert zu werden. Mit dem neuen Gesetz holen wir den Jugendmedienschutz ins digitale Zeitalter, schaffen klare Regeln und dämmen Risiken ein.

Anbieter in die Pflicht nehmen und Interaktionsrisiken sichtbar machen

Künftig werden nicht nur Inhalte von Medien, etwa Gewalt oder Sex, sondern auch sogenannte Interaktionsrisiken bei der Beurteilung und Altersklassifikation eines Mediums berücksichtigt werden, beispielsweise Kaufappelle, suchtfördernde Elemente und Chatfunktionen. Angesichts der Gefahren wie Mobbing, Anmache und Abzocke war es der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sehr wichtig, zeitgemäße und wirksame Regelungen zu schaffen. Anbieter müssen beim Veröffentlichen von Videos, Filmen oder Spielen die Risiken sichtbar machen und Vorsorge tragen, beispielsweise durch Melde- und Beschwerdefunktionen. Die freiwilligen Selbstkontrollen erhalten eine größere Bedeutung als bisher, da sie für einheitliche Standards sorgen werden.

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Wir haben den Jugendmedienschutz fit für das digitale Zeitalter gemacht und schützen damit Kinder und Jugendliche vor Mobbing, Belästigung und Betrügerei im Internet.“*

Der Deutsche Bundestag hat den Jugendmedienschutz in das 21. Jahrhundert geholt. Erstmals werden auch Interaktionsrisiken, wie zum Beispiel Chatfunktionen bei der Bewertung berücksichtigt.

Bund- und Länderzuständigkeiten werden aufgeteilt

Die Zuständigkeiten von Bund und Ländern werden aufgeteilt in Vor- und Nachsorge. So schafft der Bund mit dem Gesetz die Pflicht für Plattformen, Vorsorgemaßnahmen zu treffen und kontrolliert, ob dies auch geschieht. Die inhaltliche Überprüfung der Plattformen bleibt den Ländern vorbehalten. Zudem sollen ausländische Anbieter künftig unter die Vorgaben des deutschen Jugendschutzes gestellt werden.

Mit einem Beirat bei der künftigen Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz wird es eine Beteiligung von Jugendlichen, Eltern und Fachleuten bei der Weiterentwicklung des Jugendmedienschutzes im dynamischen Umfeld des Internets geben.

Das Gesetz ist ein guter Kompromiss zwischen staatlichem Schutzauftrag auf der einen Seite und berechtigten Interessen der Anbieter nach praktikablen Lösungen auf der anderen Seite.

NEUES AUS BERLIN

Das Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ wird verlängert und erweitert

Das Bundeskabinett hat zusätzliche Hilfen für den Ausbildungsmarkt beschlossen. Auch unter schwierigen Bedingungen investiert die Koalition zur Wohlstandssicherung in die Fachkräfte der Zukunft.

Es ist das ausdrückliche Ziel der Bundesregierung, den bestehenden Schutzschirm für Ausbildungsplätze angesichts der anhaltenden Pandemie zu verstärken, damit junge Menschen weiterhin gute Ausbildungsperspektiven haben. Ebenfalls entstehen zusätzliche Anreize für Unternehmen, in die Fachkräfte der Zukunft zu investieren. Im Einzelnen sollen Ausbildungskapazitäten erhalten, Kurzarbeit nach Möglichkeit vermieden und Anreize zur Übernahme von Auszubildenden geschaffen werden. Die Berufsausbildung von jungen Menschen wird auch in dieser Krise so gut wie möglich unterstützt. Für das Bundesprogramm stehen für die Jahre 2021/22 insgesamt 700 Millionen Euro zur Verfügung.

Ausbildungsprämien werden verdoppelt

Die Ausbildungsprämien für von der Corona-Krise betroffene Betriebe, die durch Neueinstellungen ihr Ausbildungsniveau halten oder erhöhen, werden - rückwirkend zum 16. Februar 2021 - zunächst in bisheriger Höhe verlängert. Unternehmen erhalten für Ausbildungen, die ab dem 1. Juni 2021 beginnen eine Prämie von 4.000 Euro (statt bisher 2.000 Euro), wenn das Ausbildungsniveau stabil bleibt. Wenn sich das Ausbildungsniveau erhöht, verdoppelt sich dafür die Ausbildungsprämie auf 6.000 Euro (bisher 3.000 Euro). Dies schafft zusätzlich wichtige Anreize für Ausbildungsbetriebe.

Die Zuschüsse zur Vermeidung von Kurzarbeit während einer Ausbildung werden attraktiver. Künftig können auch Zuschüsse zur Vergütung der Ausbilderin oder des Ausbilders gezahlt werden. Wie bisher kann zudem die Ausbildungsvergütung bezuschusst werden.

All diese Leistungen können künftig Unternehmen mit bis zu 499 Mitarbeitenden beziehen. Die Grenze lag bislang bei 249 Mitarbeitenden. Mit der Anpassung jener Regelung erweitert sich der Kreis der förderfähigen Unternehmen deutlich. Dies ist auch die Intention der beschlossenen Maßnahmen. „Wegen der herausfordernden Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist es notwendig, die Anzahl der für einen Antrag in Frage kommenden Unternehmen jetzt zu vergrößern“, fasst die vogtländische Bundestagsabgeordnete und gleichzeitig zuständige Berichterstatterin für die berufliche Bildung Yvonne Magwas die Situation zusammen.

YVONNE MAGWAS:

„Wir versuchen in der Krise alle Ausbildungsplätze möglichst zu erhalten und weitere zu schaffen!“

Sonderzuschuss für Kleinstunternehmen

Mit einem neuen Sonderzuschuss werden Kleinstunternehmen erreicht, die im zweiten Lockdown ihre normale Geschäftstätigkeit weitgehend einstellen mussten. Betriebe mit bis zu vier Mitarbeitern können in einem solchen Fall pauschal 1.000 Euro erhalten. Dazu ist es Voraussetzung, dass sie ihre Ausbildungstätigkeit für mindestens 30 Tage unter den schwierigen Bedingungen fortgesetzt haben. Gerade Kleinstunternehmen sind für die Ausbildungschancen von jungen Menschen in der Fläche bedeutsam.

Fokus Auftrags- und Verbundausbildung

Die Übernahmeprämie wird bis Ende 2021 verlängert und auf 6.000 Euro verdoppelt. Mit ihr wird künftig neben der Übernahme eines Auszubildenden aus einem Insolvenzfall auch bei pandemiebedingter Kündigung oder bei Abschluss eines Auflösungsvertrages unterstützt. Die Förderung einer Auftrags- oder Verbundausbildung wird attraktiver. Die Mindestlaufzeit wird auf vier Wochen verkürzt und die Höhe der Förderung nach der Laufzeit bemessen. Insgesamt können bis zu 8.100 Euro gezahlt werden.

Infos zur Beantragung erhalten Sie unter:
https://www.arbeitsagentur.de/unternehmen/finanziell/bundesprogramm-ausbildungsplaetze-sichern

NEUES AUS BERLIN

Strukturelle Benachteiligungen von Frauen weiter abbauen: Bundestag debattiert zum Internationalen Frauentag

Der Deutsche Bundestag hat den Internationalen Frauentag am 8. März zum Anlass für eine Debatte im Plenum genommen. Yvonne Magwas sprach dazu als Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Yvonne Magwas sprach im Plenum zum Internationalen Frauentag und wies auf Lehren aus und Chancen von Corona hin, Link zur Rede

Die Abgeordnete und Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Yvonne Magwas wies in ihrer Rede zum Internationalen Frauentag auf die Besonderheit in diesem Jahr hin: „Wir stecken seit einem Jahr in einer weltweiten Pandemie. Frauen und Familien sind bei der Bewältigung der Corona-Pandemie besonders betroffen. Sie stemmen häufig eine Mehrfachbelastung mit Home-Office, Home-Schooling und Kinderbetreuung“ Auch bei den vielen klugen Ärztinnen und Wissenschaftlerinnen bedankte sich Yvonne Magwas in ihrer Rede: „Frauen tragen entscheidend dazu bei, dass unser Land im Vergleich zu anderen Ländern besser durch die Krise kommt.“

Lehren aus Corona ziehen

„Wir sind jetzt an einem Punkt in der Pandemie, wo wir in die Zukunft schauen müssen, uns fragen müssen, welche Lehren ziehen wir aus Corona, welche Chancen nutzen wir“, so Yvonne Magwas. Sie betonte,

> **YVONNE MAGWAS:**
>
> *„Corona hat gezeigt, dass wir insbesondere Frauen in sozialen Berufen sowie Solo-Selbstständige stärken müssen. Gleichzeitig haben wir gelernt, dass die Nutzung von Home-Office und digitalen Formaten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen kann. “*

die Krise zu nutzen, um bei strukturellen Benachteiligungen von Frauen zu Lösungen zu kommen. Sei es beim Verdienst, bei der sozialen Absicherung oder auch bei der Anerkennung der Care-Arbeit. Zwei Beispiele nannte Yvonne Magwas: „Soziale Berufe sind oft Frauenberufe und in unserem Land und oft systemrelevant. Faire Bezahlung ist hier nicht selbstverständlich. Wir müssen deshalb die Lohnstruktur und die Tarifbindung in diesem Bereich anschauen und stärken“, so Magwas. Auch die soziale Absicherung von Selbstständigen müsse verbessert werden. Viele Soloselbstständige, gerade im Kultur- und Medienbereich, seien Frauen. „Der erleichterte Zugang zur Grundsicherung trägt oft nicht. Deshalb müssen wir für Selbstständige den Zugang zur Arbeitslosenversicherung vereinfachen. In Krisenzeiten sollen auch sie Kurzarbeitergeld erhalten können“, so Magwas.

Chancen durch Corona nutzen

„Die Corona-Pandemie hat im Übrigen auch Positives bewirkt. Binnen kurzer Zeit wurden Veränderungen erreicht, die so vorher kaum denkbar waren“, betonte Yvonne Magwas. Home-Office, flexible Arbeitszeiten sowie neue Formen der Zusammenarbeit und Kommunikation seien Chancen. Chancen, die für die Gestaltung einer attraktiven, zukunftsorientierten Arbeitswelt genutzt werden sollten. „Die Nutzung digitaler Formate erleichtert zum Beispiel ganz erheblich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und trägt dazu bei, dass sich Frauen nach der Geburt ihres Kindes, eher dazu entschließen, wieder in ihren Beruf zurückzukehren“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS BERLIN

Prostituierte schützen - Ausstiegsangebote stärken: Union will Zwangsprostitution effektiver bekämpfen

Trotz klarer Verbote gibt es in Deutschland Zuhälterei, Zwangsprostitution und Menschenhandel. Dieser Zustand ist komplett inakzeptabel. Die Unions-Bundestagsfraktion fordert mit einem Positionspapier zum Handeln auf.

YVONNE MAGWAS:

„Es ist unser Auftrag sowie erklärtes Ziel, die Menschenwürde überall zu verteidigen und zu schützen!“

Seit dem Prostitutionsgesetz von Rot-Grün (2002) ist Prostitution in Deutschland nicht mehr sittenwidrig. Deutschland wurde jedoch dadurch zum Prostitutionsmagneten. Die dramatischen Veränderungen mit einer zunehmenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Betroffenen haben die Union in der letzten Legislaturperiode veranlasst, legale Prostitution zu regulieren. Mit dem Prostituiertenschutzgesetz von 2016 wurden maßgebliche Veränderungen herbeigeführt.

Umsetzung läuft schleppend

Zu diesen Maßnahmen gehören eine Erlaubnispflicht für Prostitutionsgewerbe, Hygiene- und Sicherheitsvorschriften sowie eine Anmeldepflicht für Prostituierte. Zu der Anmeldung gehört eine Beratung über Hilfsangebote, Rechte und Pflichten. Zusätzlich wurde eine verpflichtende Gesundheitsberatung beschlossen. Schließlich wurde die Kondompflicht eingeführt. Die Umsetzung liegt in der Hand der Länder. Der erste Zwischenbericht zur Umsetzung des Gesetzes liegt nun vor. Leider läuft die Umsetzung schleppend. Daher plädiert die Union für besseren Schutz für Prostituierte, da im Zusammenhang mit Prostitution auch häufig Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zuhälterei stattfinden. Dies widerspricht der Menschenwürde und verstößt gegen das Grundgesetz.

Tempo machen bei Rechtsdurchsetzung bis hin zum Sexkaufverbot

Eine Monitoringstelle zur Überwachung der Fortschritte bei der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes durch die Länder sollte beim Bundesinnenministerium eingerichtet werden. Die Länder sollten ferner künftig in jährlichen Fortschrittsberichten über die Umsetzung des Gesetzes informieren. Das Monitoring gilt es auszuwerten und, falls die Regelungen nicht den gewünschten Effekt haben, weitere Maßnahmen zu ergreifen und auch ein Sexkaufverbot in Betracht zu ziehen.

Prostitutionsverbot für Schutzbedürftige

Prostitution bei Heranwachsenden unter 21 Jahren und Schwangeren soll verboten werden. Das dient dem gesundheitlichen Schutz der werdenden Mutter und des ungeborenen Kindes. Zukünftig soll es eine Freierstrafbarkeit für die Inanspruchnahme solcher sexueller Dienstleistungen geben. Wegen menschenunwürdiger Bedingungen muss auch der Straßenstrich reguliert werden. Kommunen sollen von der Option, Sperrbezirke auszuweisen, stärker Gebrauch machen. Ebenso muss illegale Prostitution zurückgedrängt und die Anmeldepflicht gestärkt werden. Freier sollen sich die Anmeldung der Prostituierten nachweisen lassen. Verstöße sollen ein Bußgeld für die Freier zur Folge haben.

Intensive und effektive Kontrollen

Die Länder sind aufgefordert, die Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes besser zu kontrollieren. Es braucht einen bedarfsgerechten Ausbau der personellen Ressourcen von Polizei, Justiz und Finanzverwaltung. Es sollen spezialisierte Szenebeamte zum Einsatz kommen. Ebenso will die Union mit Blick auf den Jugendschutz einen restriktiveren Umgang mit Werbung und wird aus diesem Grund entsprechende Maßnahmen prüfen.

Es bedarf noch stärkerer Präventionsprogramme und umfassenderer Bildungsprogramme gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution. Diese müssen auch in den Herkunftsländern wirken. Jugendliche sollten zu ihrem eigenen Schutz über Anbahnungsmethoden von Zuhältern informiert sein. Aussteigerinnen sollen in Zeugenschutzprogramme aufgenommen werden.

NEUES AUS BERLIN

Mehr Frauen in Führungspositionen: Im Gespräch mit dem österreichischen Bundespräsidenten

Der österreichische Bundespräsident lud anlässlich des Internationalen Frauentages zu einer Online-Veranstaltung. Mit dabei Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas, die zu neuen Gesetzesvorhaben für Frauen in Deutschland sprach.

Auf Einladung des österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen nahm Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas als Vorsitzende der Gruppe der Frauen der Unionsfraktion digital an einer Frauendebatte in der Wiener Hofburg teil. In ihrer Keynote sprach sie auf Wunsch der Hofburg zum zweiten Führungspositionengesetz, einem Gesetzgebungsvorhaben des Bundestages, welches mehr Frauen Zugang zu Vorständen und Aufsichtsräten verschaffen soll.

Deutscher Bundestag trifft Wiener Hofburg: Yvonne Magwas bei einer Veranstaltung des österreichischen Bundespräsidenten. Neben dem Präsidentenpaar nahmen die Autorinnen Ingrid Brodnig (links) und Beatrice Frasl (3. v. links) teil.

Grundlage ist das Grundgesetz

„Grundlage, um mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen ist unser Grundgesetz. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in Deutschland Verfassungsgebot und deren Durchsetzung Aufgabe des Staates“, führte Yvonne Magwas ein. Frauen in Führungspositionen seien aber nach wie vor unterrepräsentiert. Bereits 2015 habe sich Deutschland auf den Weg gemacht, um diesen Missstand anzugehen. Das erste Führungspositionengesetz erwirkte mittelfristig eine deutliche Steigerung bei der Besetzung der Aufsichtsräte (2020: 35,2%), bei den Vorständen blieb der Anteil durch eine Zielgrößenverpflichtung auf freiwilliger Basis gering (2020: 11%). „Dafür, dass drei Viertel der großen Unternehmen keine Frau im Vorstand und sich die Zielgröße 0 gegeben haben, habe ich null Verständnis“, kritisierte die Bundestagsabgeordnete.

Feste Quoten für Vorstände geplant

Yvonne Magwas informierte, dass mit einem zweiten Führungspositionengesetz neben den Aufsichtsräten nun auch verbindliche Quoten für die Vorstände geplant seien. Dies umfasse folgende Maßnahmen:
Für Unternehmen mit Mehrheitsbeteiligung des Bundes soll - unabhängig von Börsennotierung oder Mitbestimmung - bereits bei mehr als zwei Mitgliedern im Geschäftsführungsorgan eine Mindestbeteiligung von einer Frau und einem Mann gelten.

Für die Leitungsorgane der Körperschaften im Bereich der Sozialversicherung, z.B.: Vorstände der Krankenkassen, Rentenversicherung sowie der Bundesagentur für Arbeit, soll eine Mindestbeteiligung von einer Frau und einem Mann eingeführt werden.
Auch die Regelungen für den öffentlichen Dienst sollen weiterentwickelt werden: Das Ziel der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Bundesverwaltung bis zum Jahr 2025 soll gesetzlich festgeschrieben werden.
Besteht der Vorstand eines börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmens aus mehr als drei Mitgliedern, muss er künftig mit mindestens einer Frau und mindestens einem Mann besetzt sein. „Diese Regelungen sind gerade im parlamentarischen Verfahren und werden in den nächsten Wochen verabschiedet“, informierte Yvonne Magwas.

„Natürlich ist die Quote nur ein Instrument. Das Setzen von Anreizen ist ebenso wichtig. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Verbesserung von Betreuungsmöglichkeiten, Führen in Teilzeit, der Anspruch auf Mutterschutz auch für Vorstandsfrauen, das sind alles Themen, die uns ebenso wichtig sind, die wir voranbringen“, betonte Yvonne Magwas.

Die gesamte Veranstaltung sehen Sie hier:
https://www.youtube.com/watch?v=1Aj7z2DEDwo

NEUES AUS BERLIN

Kulturstiftung des Bundes bringt „Kultursommer 2021“ und zweite Förderrunde „dive in“ auf den Weg

Die Kulturstiftung des Bundes hat zwei Programme zur Förderung von Kunst und Kultur verabschiedet. Bis zu 51,8 Mio. Euro aus NEUSTART KULTUR stehen für die Wiederbelebung der Kultur in den Städten und digitale Vermittlungsformate bereit.

Die Kulturstiftung des Bundes hat zwei neue Vorhaben: Das bundesweite Programm „Kultursommer 2021“, das zu einer Rückkehr zum kulturellen Leben im öffentlichen Raum beitragen soll, sowie die Fortführung des erfolgreichen Förderprogramms „dive in“, das gegenwartsorientierte Kultureinrichtungen aller Sparten mit Sitz in Deutschland bei der Umsetzung innovativer, digitaler Vermittlungsformate unterstützt. Insgesamt stehen bis zu 51,8 Mio. Euro bereit.

Insgesamt stehen 51,8 Mio. Euro für zwei neue Programme zur Kulturförderung in der Corona-Pandemie bereit

Kultursommer 2021

Um Künstlerinnen und Künstlern Perspektiven für Auftrittsmöglichkeiten zu eröffnen, lobt die Kulturstiftung des Bundes kurzfristig das antragsoffene Förderprogramm „Kultursommer 2021“ aus dem Zukunftsprogramm NEUSTART KULTUR der Bundesregierung aus. Ausgestattet mit einem Gesamtvolumen von bis zu 30,5 Mio. Euro werden mit dem Programm bundesweit mehr als 100 kreisfreie Städte und Landkreise bei der Gestaltung eines neu entwickelten, vielfältigen Kulturprogramms für die Zeit nach dem Lockdown unterstützt. Gefördert werden u.a. Open-Air-Konzerte, Theateraufführungen, Lesungen, Performances und Ausstellungen im öffentlichen Stadtraum. Antragsberechtigt sind kreisfreie Städte und Landkreise. Das Förderprogramm soll insbesondere Künstlerinnen und Künstlern der Freien Szenen, lokalen Akteuren und Bündnissen sowie der Kultur- und Veranstaltungsbranche zugutekommen. Voraussetzung ist, dass die Antragsteller neben dem Kunst- und Kulturprogramm ein Hygienekonzept für die geplanten Veranstaltungen umsetzen. Förderanträge können bis zum 22. April 2021 über die Website der Kulturstiftung des Bundes gestellt werden.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Mit den Programmen wollen wir verantwortungsbewusst Kultur neu starten als auch die Möglichkeit unterstützen, digital in Verbindung zu bleiben.“*

Neue digitale Formate

Zur weiteren Unterstützung von Kultureinrichtungen in der Corona-Pandemie wird das Förderprogramm „dive in. Programm für digitale Interaktionen“ fortgeführt. Damit unterstützt die Kulturstiftung des Bundes 68 Kulturinstitutionen bei der Entwicklung und Umsetzung digitaler Vermittlungsformate, die neue Formen des Austauschs und innovative Zugänge zu künstlerischen Angeboten ermöglichen. Für das Programm stellt der Bund zusätzlich bis zu 21,3 Mio. Euro aus NEUSTART KULTUR zur Verfügung. Auch in der zweiten Förderrunde werden die Entwicklung und Umsetzung innovativer Projekte, wie z.B. Games oder interaktive Websites, gefördert. Es können Fördermittel zwischen 50.000 und 200.000 Euro beantragt werden. Informationen zum Antragsverfahren stehen Anfang Mai auf der Website der Kulturstiftung.

Weitere Informationen unter: www.kulturstiftung-des-bundes.de/kultursommer2021
www.kulturstiftung-des-bundes.de/dive-in

NEUES AUS BERLIN

Nationale Strategie gegen Einsamkeit: CDU/CSU-Bundestagsfraktion legt Positionspapier vor

Viele Menschen leiden unter Einsamkeit oder sozialer Isolation, mit weitreichenden Folgen für die Gesellschaft und das Gesundheitswesen. Die Corona-Pandemie hat das Ausmaß der Einsamkeit leider weiter verstärkt. Die CDU/CSU legt nun einen Plan zur Lösung vor.

Bund und Länder mussten weitgehende Kontaktbeschränkungen beschließen, um Menschenleben zu schützen und das Gesundheitssystem nicht zu überfordern. Kontakte zu Familie, Freunden und Kollegen sind seit Monaten eingeschränkt. Für viele Menschen bedeutet dies: Neue oder noch mehr Einsamkeit. Bereits vor der Pandemie haben die großen Entwicklungen unserer Gesellschaft wie Urbanisierung, Digitalisierung und Überalterung zu einer Abnahme fester Bindungen geführt. Dies kann wiederum Einsamkeit steigern. Für nicht wenige Menschen ist der erste Ansprechpartner das Smartphone oder der Computer.

Es betrifft alle Altersgruppen

Einsamkeit betrifft alle Generationen. Besonders stark betroffen sind jedoch die jungen Erwachsenen und die hochaltrigen Seniorinnen und Senioren, aber auch Menschen mit Behinderungen und erwerbsgeminderte Menschen. Das Ziel einer nationalen Strategie gegen Einsamkeit soll daher darin bestehen, Menschen bis ins hohe Alter dabei zu unterstützen, selbstbestimmt zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben.

Gemeinsam gegen Einsamkeit

Neben einer langfristigen Strategie gegen Einsamkeit müssen wir jetzt schnell wegen der Corona-Krise reagieren. Jeder im Land ist gefragt, nach seinen Möglichkeiten zu blicken, um Brücken der Gemeinschaft zu bauen! Kirchengemeinden, Parteien, Vereine jeglicher Art, Unternehmen und Gewerkschaften, jede und jeder Einzelne sollte in seinem Umfeld aktiv werden. Man sollte sich fragen: Was kann ich tun?

Für eine bundesweite Strategie

Einsamkeit sollte endlich ihr Stigma verlieren und die Prävention mehr Aufmerksamkeit erhalten. Daher sollten Einsamkeit und soziale Isolation in den Fokus der politischen Arbeit rücken. Zu einer umfassenden Strategie gehören ein Einsamkeitsbeauftagter bei der Bundesregierung. Diese Person fungiert als zentraler Ansprechpartner und koordiniert die Umsetzung der Strategie. Es bedarf eines Aktionsplans, der konkrete Ziele definiert. Damit werden Impulse für das Engagement der Zivilgesellschaft, von Unternehmen, sozialen Trägern, Ländern, Kommunen und anderen Akteuren gesetzt und Schritte des Bundes eingeleitet. Des Weiteren bedarf es einer stärkeren Forschung, damit die Maßnahmen nicht ins Leere laufen. Sinnvoll erscheint daher eine statistische Auswertung von Einsamkeit bis zur kommunalen Ebene. Parallel dazu muss die Vernetzung zwischen Wissenschaftlern, Kommunen und Aktiven gewährleistet sein. So werden erfolgreiche Ansätze in die Breite getragen. Ergänzend bedarf es einer bundesweiten Kampagne, die das Tabu aufbricht. Dabei sollen unterschiedliche Medien eingesetzt werden, um alle Altersgruppen zu erreichen.

YVONNE MAGWAS:

„Einsamkeit kann alle treffen. Es darf nicht verschwiegen werden. Wir bieten Lösungen für ein großes Problem.“

Einsamkeit im ländlichen Raum beachten

Der Bund kann zunächst gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement schaffen. Die Stärkung des Vereinslebens durch Unterstützung der Vereine bei der Digitalisierung spielt hierbei eine besondere Rolle. Dazu gehört auch das Sensibilisieren von Arbeitgebern, Personal- und Betriebsräten. Außerdem soll das 2020 gestartete ESF-Bundesmodellprogramm „Stärkung der Teilhabe Älterer“ fortgeführt werden. Einsamkeit muss auch im Kontext ländlicher Räume und dörflicher Strukturen gedacht werden. Das Phänomen ist eben nicht ein bloßes Ergebnis der Verstädterung.

NEUES AUS BERLIN

MTA-Reform-Gesetz: Rechtssicherheit für Notfallsanitäter

Der Bundestag hat das Gesetz zur Reform der technischen Assistenzberufe in der Medizin und zur Änderung weiterer Gesetze (MTA-Reform-Gesetz) verabschiedet. Die Union hatte sich für eine Änderung des Notfallsanitätergesetzes erfolgreich stark gemacht.

Die Reform wird zu mehr Rechtssicherheit für Notfallsanitäter bei Einsätzen führen. Konkret dürfen diese künftig bis zum Eintreffen der Notärzte am Unfallort Heilkunde ausüben.

Maßnahmen zur Lebensrettung

Selbstverständlich müssen sie die Maßnahmen während ihrer Ausbildung erlernt haben. Auch müssen diese unbedingt erforderlich sein, um Lebensgefahr abzuwenden. Auf weitere Konkretisierungen, die ursprünglich im Gesetzentwurf vorgesehen waren, wurde verzichtet, damit die neuen Regelungen möglichst praktikabel in der Umsetzung bleiben. Bei der vorgesehenen Neuregelung hat die Koalition sich davon leiten lassen, dass die eigenverantwortliche Ausübung von Heilkunde nur auf äußerste Notsituationen bis zum Eintreffen des Notarztes beschränkt bleiben.

Existenzgrundlage der Heilpraktiker sicher

Durch einen Änderungsantrag hat sich die Union ausdrücklich dafür eingesetzt, dass bei den Tätigkeiten der Heilpraktiker am geltenden Recht festgehalten wird. Danach dürfen Tätigkeiten, deren Ergebnisse der Erkennung einer Krankheit und der Beurteilung ihres Verlaufs dienen, auch künftig von Heilpraktikern beispielsweise bei medizinischen Technologen für Laboranalytik angefordert werden. Die Existenzgrundlage der freien und selbstständigen Heilpraktiker bleibt gesichert.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Klingenthalerin wird Junior-Botschafterin fürs Vogtland

Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas nominiert Elisa Metschnabl für das 38. Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP).

Ab August erklingen vogtländische Töne in Amerika. Klingenthalerin Elisa Metschnabl geht für zehn Monate als Junior-Botschafterin in die USA. Möglich macht das ein Stipendium des Deutschen Bundestages. Über das Austauschprogramm PPP wird die 17-Jährige in einer Gastfamilie leben und eine High-School besuchen. Yvonne Magwas wird während des Aufenthalts die Patenschaft übernehmen: „Elisa ist eine engagierte und interessierte junge Frau. Mich überzeugte ihr politisches Wissen und Interesse. Das Programm leistet einen wichtigen Beitrag für ein besseres Verständnis zwischen uns und Amerika. Es ist eine gute Möglichkeit, Kontakte zu knüpfen und andere Lebensweisen kennenzulernen sowie zu vermitteln."

Engagement in den USA fortsetzen

Elisa freut sich besonders auf das amerikanische Schulleben und die vielen "after school activities". Sie selbst ist sehr musikalisch, spielt Querflöte und ist seit 2018 Mitglied des "Jungen Sinfonieorchesters" der Musikschule Vogtland. Ihr Engagement möchte sie während ihres Aufenthalts in Amerika fortführen und ihrer Aufgabe als Junior-Botschafterin gerecht werden: „Gerade jetzt ist es wichtig, miteinander zu kommunizieren, um einander besser zu verstehen."

Junior-Botschafterin: Wer wie Elisabeth über PPP nach Amerika möchte, hat ab Mai wieder eine Chance. Infos unter: www.bundestag.de/ppp <https://www.bundestag.de/ppp>

NEUES AUS DEM VOGTLAND

15 Millionen Euro Bundesmittel: Kälte-Kompetenzzentrum in Reichenbach nimmt weiter Fahrt auf

Der erste Teilkomplex des geplanten Kälte-Kompetenzzentrums ist gesichert. Dank der Bundesförderung werden Forschungsarbeiten im Bereich Kälte- und Energietechnik (KETEC) zukünftig in der Neuberinstadt durchgeführt.

Große Freude in Reichenbach. Via Videokonferenz überreichte Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung, am 11. März einen Fördermittelbescheid in Höhe von rund 15 Millionen Euro.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Der Aufbau des Kälte-Kompetenzzentrums ist ein Hauptgewinn für unsere ländliche Region.“*

Teilkomplex Forschung gesichert

Mit den Bundesmitteln wird der Teilkomplex Forschung des geplanten Kälte-Kompetenzzentrums finanziert. Federführend dafür ist die Technische Universität Chemnitz. Gemeinsam mit dem Institut für Luft- und Kältetechnik Dresden sowie dem Fraunhofer -Institut für Solar Energiesysteme ISE Freiburg werden sie in den kommenden vier Jahren in der Neuberinstadt Forschung im Bereich Kälte- und Energietechnik betreiben. Yvonne Magwas und Reichenbachs Oberbürgermeister Raphael Kürzinger schalteten sich gemeinsam aus dem Rathaus zu.

Adäquate Nachnutzung der TEX

„Für uns als ländliche Region ist der Aufbau des Kälte-Kompetenzzentrums ein Hauptgewinn. Es stärkt unsere Wirtschaft, zieht Fachkräfte an und gibt unseren jungen Vogtländerinnen und Vogtländern eine sehr gute berufliche Perspektive. Mit der Förderung für den Teilkomplex Forschung nimmt das Kälte-Kompetenzzentrum weiter Fahrt auf. Jahrelang haben sich viele Mitstreiter, wie die Bürgerinitiative BITEX, mit viel Herzblut für eine adäquate Nachnutzung der Textilfachschule eingesetzt. Diese wird jetzt neben dem ehemaligen Güterbahnhof Teil des Zentrums. Mein Dank gilt neben den Akteuren vor Ort besonders dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, welches die Mittel bereitstellt, speziell dem Parlamentarischen Staatssekretär Thomas Rachel und Staatssekretär Prof. Dr. Wolf-Dieter Lukas. Das Zentrum besitzt enormes Potential. Es wird die Innovationskraft der gesamten Branche stärken. Wichtig ist aber auch, jetzt schon weiterzudenken, und die zweite Säule des Kompetenz-Zentrum, die Aus- und Weiterbildung, zu entwickeln. Darum müssen wir auch heute schon an morgen denken“, so Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Waldbad Brunn kann saniert werden! 2,4 Millionen Euro Bundesmittel genehmigt

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gab Anfang März Mittel in Höhe von fast 2,4 Millionen Euro für die Sanierung des Waldbades Brunn frei.

Große Unterstützung für Auerbachs ehemaliges Sorgenkind: Im Rahmen des Förderprogramms „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" erhält das Waldbad Brunn Bundesmittel in Millionenhöhe. Insgesamt 2,385 Millionen Euro hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages freigegeben.

> YVONNE MAGWAS:
>
> *„Mit der Förderung erhält die Stadt Auerbach endlich Planungssicherheit."*

Allwetterbad für alle Generationen

Mit den Fördermitteln und dem Eigenanteil der Stadt Auerbach in Höhe von 2,9 Millionen Euro soll das 1998 gebaute und 2005 teilweise geschlossene Bad grundhaft saniert werden und dabei hohen Ansprüchen an Funktionalität und Nachhaltigkeit gerecht werden. Für mehr Energieeffizienz sorgen der komplette Austausch der Wasseraufbereitungsanlage sowie luft- und heizungstechnischer Anlageteile. Ziel ist es, ein ganzjährig nutzbares Allwetterbad für alle Generationen mit vielfältiger Nutzung zu schaffen - von Freizeit über Gesundheitsprävention und Schwimmen lernen bis hin zum Sport.

Auerbacher Stadtrat für Sanierung

„Mit der Bundesförderung erhält die Stadt endlich Planungssicherheit. Viele Bürgerinnen und Bürger, Vereine und Initiativen haben in den vergangenen Jahren leidenschaftlich für "ihr" Bad gestritten und gekämpft. Der Stadtrat hat sich dem angenommen, intensiv diskutiert und sich mit großer Mehrheit für eine Sanierung ausgesprochen. Daher ist es mir ein großes Anliegen dieses Herzensprojekt vieler Auerbacherinnen und Auerbacher auf Bundesebene zu unterstützen. Eine solche Sport- und Freizeiteinrichtung steigert die Attraktivität einer Kommune, fördert den sozialen Zusammenhalt, ist eine Bereicherung für das gesamte Göltzschtal." Joachim Otto, Vorsitzender der Projektgruppe Waldbad Brunn und Stadtrat, plädiert für eine effiziente Variante der Umsetzung, sprich vernünftige Baukosten und das Im-Auge-haben der Folge- und Betreiberkosten.

Waldbad Brunn: Aus dem Sorgenkind soll wieder eine attraktive Sport– und Freizeitanlage werden

Vogtland profitiert von Bundesprogramm

Das Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen" unterstützt bundesweit Städte und Gemeinden, die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, um Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen vor Ort zu zukunftsfähigen Begegnungsstätten zu machen. Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2020 konnte das Bundesinnenministerium Mittel in Höhe von insgesamt 600 Mio. Euro zur Förderung von Investitionen in kommunale Einrichtungen bereitstellen. Das Vogtland profitierte bereits in der Vergangenheit von dem Programm, zuletzt Plauen für die Sanierung des Freibades Haselbrunn und der 1. FC Wacker Plauen e.V. für die Erneuerung des Kleinfeld-Kunstrasensportplatzes. Mehr Informationen unter: www.sport-jugend-kultur.de.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

845 Familien glücklich gemacht: Baukindergeld erfolgreich im Vogtland

845 Familien konnten sich mit Unterstützung des Baukindergeldes ihren Traum von den eigenen vier Wänden im Vogtlandkreis erfüllen.

Vogtländer sind Häuslebauer! Seit dem Programmstart im September 2018 haben 845 Familien erfolgreich über die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) einen Antrag auf Baukindergeld gestellt. Mehr als 17 Millionen Euro Fördermittel flossen somit in vogtländisches Wohneigentum. „Ich freue mich, dass wir mit dem Förderprogramm so viele Familien bei uns in der Heimat erreicht haben. Gerade im ländlichen Raum ist Eigentum ein Stabilitätsanker und gute Altersvorsorge“, so Yvonne Magwas.

Erfolgsgeschichte geht zu Ende

Die Förderung war ein wichtiges Anliegen der Union und Teil einer groß aufgelegten Wohnungs- und Eigentumsagenda in dieser Wahlperiode. Familien mit Kindern wurde geholfen, Wohneigentum zu erwerben. Das konnte ein Haus oder eine Eigentumswohnung sein, sowohl im Bestand als auch im Neubau. Pro Kind gab es 12.000 Euro, ausgezahlt in zehn jährlichen Raten. Nach einer dreimonatigen Verlängerung des Programms konnten die letzten Anträge noch bis Ende März diesen Jahres gestellt werden.

YVONNE MAGWAS:

„Gerade im ländlichen Raum ist Eigentum ein Stabilitätsanker.“

Bundesweit wurden 310.000 Familien über das Bundesprogramm mit einem Volumen von insgesamt 6,5 Milliarden Euro gefördert (Stand Anfang 2021). Das Baukindergeld erreichte vor allem Familien mit einem niedrigen bis mittleren Einkommen.

Klare Perspektiven gefordert: Im Gespräch mit der Wirtschaftsvereinigung Nördliches Vogtland

Mit der Wirtschaftsvereinigung Nördliches Vogtland (WNV) sprach Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas über die aktuelle Corona-Lage sowie die Situation der Unternehmen und Betriebe.

„Es geht um die Zukunft einer Region Sachsens - dem Vogtland.“ Mit diesen Worten wandte sich die WNV an die vogtländische Bundestagsabgeordnete. Anbei acht Vorschläge, um das Funktionieren der Wirtschaft im ländlichen Raum zu sichern.

Neue Hilfen für Sonderfälle

Gemeinsam mit Marco Wanderwitz, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsminister, diskutierte Yvonne Magwas mit Vertretern der WNV über deren Vorschläge. Themen waren u.a. die Wirtschaftshilfen, die Zukunft der Innenstädte und die Digitalisierung des Einzelhandels sowie Verbesserungen der digitalen Bildung und die aktuelle Test- und Impf-Strategie in unserer Heimat. Marco Wanderwitz informierte über aktuelle Hilfemaßnahmen, wie den Härtefallfonds, der für diejenigen gedacht ist, die zuvor durch das Raster gefallen sind. Für Sachsen sind dafür 75 Millionen Euro vorgesehen.

Testen und Impfen sind zentrales Element für weitere Öffnungen

„Ich verstehe die schwierige Situation, in der sich vor allem der Einzelhandel befindet, kann dessen Sorgen sehr gut nachvollziehen. Doch bevor wir mehr öffnen können, braucht es gute Lösungen. Unser Zahlen sind in unserer Heimat immer noch alarmierend hoch. Die Belegung der Krankenhausbetten mit Corona-Patienten erinnert an die prekäre Lage im Dezember. Unsere Teststrategie im Vogtland ist ein wichtiger Baustein und ermöglicht uns mehr Spielraum. Aber der Schlüssel ist und bleibt das Impfen. Je besser wir damit vorankommen, umso mehr profitiert auch die Wirtschaft davon,“ betont Yvonne Magwas.

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Rund 270.000 Euro: Bund unterstützt frühkindliche Sprachförderung im Vogtland

In der dritten Förderwelle des Programms „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ werden sechs weitere vogtländische Einrichtungen berücksichtigt.

Ohne Sprache keine Bildung, keine Teilhabe, keine Integration. Bereits sechs vogtländische Kindertagesstätten sind Teil des Bundesprojektes „Sprach-Kitas“. Anfang diesen Jahres startete die dritte Förderwelle des Programms. Gleich sechs weitere Einrichtungen im Vogtland werden neu aufgenommen. Darüber informierte das zuständige Bundesfamilienministerium Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas. Insgesamt 270.000 Euro investiert der Bund im Vogtland für den Förderzeitraum 2021/2022.

Neu dabei sind:

- Kita „Am Rähnisberg“ Plauen (seit 1.1.2021)
- Kita „Am Park“ Lengenfeld (seit 1.2.2021)
- Kita „Sonnenkäfer“ Mechelgrün (seit 1.3.2021)
- Kita „Zwergenland“ Rodewisch (seit 1.3.2021)
- Kita „Zwergenhaus“ Auerbach (ab 1.6.2021)
- Kita „Sonnenschein“ Auerbach (ab 1.6.2021)

Grundlage für weiteren Bildungsweg

„Die Anzahl der neuen Sprach-Kitas zeigt, der Bedarf ist definitiv im Vogtland da. Mit der Förderung ermöglichen wir Kindern mit sprachlichen Defiziten mehr Chancengleichheit. Besonders die Mädchen und Jungen aus einem bildungsbenachteiligten Zuhause und Familien mit Migrationshintergrund erhalten damit eine gute Grundlage für ihren weiteren Bildungs- und Berufsweg“, so Yvonne Magwas. Die Förderung richtet sich vor allem an Kindertagesstätten, die Kinder mit besonderem sprachlichen Förderbedarf betreuen. Das Programm ermöglicht diesen Einrichtungen eine zusätzliche halbe Fachkraftstelle sowie projektbezogene Sachausgaben zu finanzieren. Neben der sprachlichen Bildung sind inklusive Pädagogik sowie Zusammenarbeit mit den Familien Förderschwerpunkte. Seit diesem Jahr liegt der Fokus zusätzlich auf Einsatz digitaler Medien sowie Integration medienpädagogischer Fragestellungen.

Frühe Chancengleichheit: 2016 startete das Bundesprogramm „Sprach-Kitas“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Familien profitieren von dem Projekt

Das Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist“ gibt es seit 2016. Im Durchschnitt ist etwa jede zehnte Kita eine „Sprach-Kita“ in Deutschland. Ca. eine halbe Million Kinder und deren Familien konnten mit dem Projekt bisher erreicht werden. Mit einem Budget von 210 Millionen Euro für 2021/2022 geht das Programm in die dritte Verlängerung.

Übersicht aller Sprach-Kitas im Vogtland (inklusive Förderperiode 2021/2022):

- Reichenbach: „Kinderland e.V.“
- Oelsnitz: „Am Stadion“, „Sperkennest“
- Plauen: „Am Rähnisberg“, „Sonnenschein“
- Falkenstein: „Albert-Schweitzer“
- Auerbach: „Mischka“,„Zwergenhaus“, „Sonnenschein“
- Mechelgrün: „Sonnenkäfer“
- Rodewisch: „Zwergenland“
- Lengenfeld: „Kita am Park“

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Am Förderetat festhalten! Mehrgenerationenhäuser brauchen Planungssicherheit

Die Mehrgenerationenhäuser (MGH) stehen derzeit vor großen Herausforderungen. Per Videokonferenz tauschte sich Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas mit den vogtländischen Einrichtungen aus.

Für die derzeitige Förderperiode 2020/2021 wurde der Etat der MGH um 10.000 Euro auf 40.000 Euro erhöht. Ab 2022 will das zuständige Bundesfamilienministerium die Erhöhung nicht aus seinem eigenen Etat finanzieren, sondern nur die ursprünglich 30.000 Euro. Den Mehrbedarf hat das Ministerium beim Bundesfinanzministerium angemeldet. Die Folge: Unsicherheit und Unverständnis bei den Einrichtungen. „Für die soziale Arbeit der Häuser ist eine Erhöhung auf die zugesicherten 40.000 Euro wichtig, zudem muss die Summe auch für die Folgejahre verstetigt werden. Die Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle für gleichwertige Lebensverhältnisse und leisten seit Jahren ihren Beitrag für ein gutes Miteinander zwischen den Generationen“, so Yvonne Magwas.

Mit kreativen Ideen gegen Corona

Corona-Krise wirkt sich auch auf die jetzigen und zukünftigen Angebote der Einrichtungen aus. Doch trotz der Corona-Beschränkungen leisten die vogtländischen MGHs weiterhin ihren Beitrag für ein soziales Miteinander von Jung und Alt: Von Kreativbeuteln bis hin zu WhatsApp-Gruppen. Für die Zukunft wollen sie ihr digitales Angebot ausbauen. Dafür möchte beispielsweise das MGH Oelsnitz Tabletkurse für Senioren anbieten, damit diese die Angebote auch nutzen können.

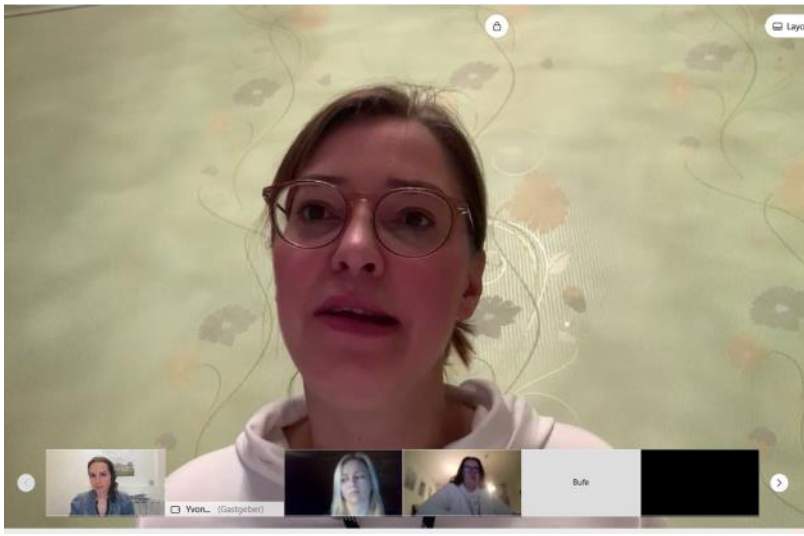
Belastungsprobe Corona: Frauen Union Vogtland diskutiert über mögliche Lösungen

Seit einem Jahr leben wir mit Corona und seinen Folgen. Zeit für die Frauen Union Vogtland ein Fazit zu ziehen. Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas und die vogtländische FU-Vorsitzende Claudia Wolfram luden im März alle weiblichen Mitglieder der CDU Vogtland zu einer Videokonferenz ein.

Die Corona-Krise ist besonders für Frauen und Familien eine Belastungsprobe. Das spüren auch die Mitgliederinnen der CDU-Vogtland. Bei einer Videokonferenz tauschten sie sich aus, diskutierten mögliche Lösungen und entwickelten Ideen für eine Zeit nach Corona.

Psychische Folgen des Lockdowns abfedern

Hauptthemen der Diskussionsrunde waren die Schul- und Kitaschließungen sowie deren Auswirkungen auf die Psyche der Kinder. „Um die Schulen im Vogtland wieder zu öffnen, sind die Testpflicht vor Ort in den Schulen und geimpftes Lehrpersonal zwei wichtige Voraussetzungen“, betont die vogtländische Bundestagsabgeordnete. Doch wie können die Schüler wieder an einen Schulalltag gewöhnt und die Klassengemeinschaft wieder gestärkt werden? Um vor allem den psychischen Folgen des Lockdowns entgegenzuwirken, sprach sich die FU Vogtland für unterstützendes Personal bspw. in Form von zusätzlichen Schulsozialarbeitern aus.



Guter Austausch: Als Stellvertretende Bundesvorsitzende der Frauen Union und Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion informierte Yvonne Magwas die Teilnehmerinnen über aktuelle frauenpolitische Themen

NEUES AUS DEM VOGTLAND

Schüler haken nach: Würden Sie eine Karriere als Politiker empfehlen?

Dem Social-Media Team des Diesterweg-Gymnasiums Plauen stand Yvonne Magwas Anfang März Rede und Antwort, live auf der Internetplattform Instagram.

Corona-bedingt müssen derzeit die klassischen Messen für die Berufs- und Studienorientierung ausfallen. Das Plauener Diesterweg-Gymnasium macht aus dieser Not eine Tugend und entwickelte ein Ersatzformat. Von Schülern für Schüler produziert. Via Instagram interviewen sie verschiedene Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft. Wie verlief der Karriereweg? Welche Tipps gibt es? Als vierten Gast ihres Online-Formats „Gute Frage“ lud das Social-Media-Team des Diesterweg-Gymnasiums Yvonne Magwas ein. Die Moderation übernahm der 18-Jährige Julian Gering.

Politisches Engagement junger Menschen

Los ging es mit einem Rückblick auf die Kindheit in der DDR und die ersten politischen Berührungspunkte während der damaligen Montagsdemonstrationen. In die Politik ist Yvonne Magwas dann Stück für Stück reingewachsen. Schon in jungen Jahren wollte sie ihre Heimat mitgestalten, engagierte sich in der Jungen Union, war als Stadt- und Kreisrätin tätig bevor es dann Jahre später mit dem Einzug in den Deutschen Bundestag klappte. Moderator Julian Gering hakt nach: „Ministerpräsident Michael Kretschmer würde seinen eigenen Kindern keine politische Karriere empfehlen. Wie sehen Sie das“? „Ich werbe ausdrücklich dafür. Es ist wichtig, dass sich auch junge Menschen einbringen. Davon profitiert die Politik, unsere Demokratie und sie selbst. Der beste Einstieg ist die kommunale Ebene, also vor Ort, für die eigene Heimat etwas bewegen“, betont die Abgeordnete.

Bundestrainerin oder Bundeskanzlerin?

Am Ende des Interviews gab es noch eine schnelle Frage-Antwort-Runde:

- Wie entspannen Sie am besten nach einer langen Sitzungswoche in Berlin?
  Auf dem Spielplatz mit meinem Sohn.

Gute Frage: Das 20-Minuten-Interview gibt es zum Nachschauen auf dem Instagram-Profil des Diesterweg-Gymnasiums: dwg_plauen, Post 11. März.

- Wie lange ging Ihre eigene Abitur-Feier?
  Bis nachts um 3:00 Uhr.

- Cappuccino mit Kuhmilch oder pflanzliche Alternative?
  Kuhmilch

- Was schauen Sie abends lieber auf der Couch - „House of cards“ oder „Der Bachelor“?
  House of cards

- Es werden bald zwei Jobs frei. Welcher sagt Ihnen eher zu - Fußballbundestrainer oder Bundeskanzler?
  Bundeskanzler

„Ich finde es klasse, wie sich die Schüler des Diesterweg-Gymnasiums einbringen und eigene Ideen verwirklichen. Die aktuelle Situation ist für ihre Generation nicht leicht. Sie stehen kurz vor ihrem Schulabschluss, müssen diesen unter herausfordernden Bedingungen bestehen. Umso beeindruckter bin ich,“ lobt Yvonne Magwas.

SOZIALE MEDIEN

@ Facebook | @ Twitter | @ Instagram

12. März 2021:
„Das Projekt Geo-Umweltpark Vogtland nimmt weiter Fahrt auf. Diese Woche besiegelten die TU Bergakademie Freiberg und der Verein LAG Sagenhaftes Vogtland einen Forschungs- und Entwicklungsvertrag. Zukünftig unterstützt die TU das Projekt u.a. mit Forschungen zum Geotop, Beratungen und Fachvorträgen. Als Schirmherrin freute ich mich besonders, dass wir damit dem Ziel der Zertifizierung als „Nationaler Geopark“ wieder ein Stück näher sind.“

25. März 2021:
„Die Bauplanung Plauen ist auch in Berlin aktiv, realisiert als Architektur- und Planungsunternehmen zentrale Bauprojekte in der Bundeshauptstadt. Unsere Unternehmen überzeugen mit ihrer Qualität überall in Deutschland, in Europa und der Welt. Herzlichen Dank für das Gespräch mit Geschäftsführer Karsten Kroll. Es ist gut zu hören, dass sie wirtschaftlich gut durch die Pandemie kommen.“

15. Februar 2021:
„Meine Wahlkreiswoche startete mit einem Besuch im Impfzentrum Eich. Ich konnte mich von der sehr guten Organisation überzeugen. Herzlichen Dank an das Team rund um Andy Feig und Johannes Flechsig. Das DRK und das medizinische Personal leisten wirklich gute Arbeit. Die Impfstoffe werden in den nächsten Wochen mehr zur Verfügung stehen, darum wird das Impfzentrum seine Kapazitäten erweitern.“

08. März 2021:
„Gute Nachrichten in einer schwierigen Zeit: Der Plauener #MAN Standort ist gerettet, die ca. 100 Arbeitsplätze werden erhalten, die Mitarbeiter haben eine gute Perspektive. Das Thüringer Unternehmen BINZ Ambulance- und Umwelttechnik GmbH übernimmt den Bushersteller. Herzlichen Dank an alle, die in den vergangenen Monaten dazu beigetragen haben.“

22. Februar 2021:
„Guter Austausch mit Vertretern des CDU-Ortsverbandes Bad Elster und Gewerbetreibenden aus dem Kurort. Gemeinsam diskutierten wir über die aktuelle Corona-Situation. Was läuft gut? Wo klemmt es? Was wünschen sich die Elsteraner während der Pandemiebekämpfung? Wir haben breit und ehrlich diskutiert. Gern nehme ich Anregungen für meine Arbeit nach Berlin mit.“

16. Februar 2021:
„Medienkompetenz halten. Mit dem SAEK und Plauens Kulturbürgermeister Steffen Zenner habe ich über die Zukunft der medienpädagogischen Bildung in unserer Heimat gesprochen. Im Zuge der neuen sächsischen Förderrichtlinie für Medienkompetenz wird es den SAEK nach 20 Jahren nicht mehr geben. Lösungen sind gefragt, damit die Medienpädagogen auch weiterhin vogtlandweit Jung und Alt den Umgang mit Medien vermitteln können.“

PERSÖNLICH

Bürgersprechstunde

Aufgrund der aktuellen Situation finden die Sprechstunden via Telefon statt. Das nächste Mal am:

27. April 2021

von 14.00 Uhr bis 16:00 Uhr

Bitte im Vorfeld mit Namen, Anliegen und Telefonnummer unter yvonne.magwas.ma06@bundestag.de oder 03744 3649828 anmelden.

Zudem ist die Abgeordnete für Sie stets unter yvonne.magwas@bundestag.de erreichbar.

IMPRESSUM

Yvonne Magwas MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 22775637 · **Fax:** 030 22776639
E-Mail: yvonne.magwas@bundestag.de
www.magwas.de

Bild-und Quellen-Nachweise:
S.1: Tobias Koch, Christiane Lang; S.2: Tobias Koch; S.3/4: Deutscher Bundestag/Achim Melde; S.6: Stephanie Hofschlaeger/pixelio.de; S.8: Deutscher Bundestag, S.9: Peter Lechner/HBF; S.11: bluefeeling/pixelio.de; S.13: privat; S.14: Stadtverwaltung Reichenbach; S.15: Hagen Hartwig; S.17: Robert Kneschke

CDU